

3. Digitalstrategie für den Kanton

Postulat Christa Stünzi (GLP, Horgen), Roland Alder (GLP, Ottenbach) und Andreas Hauri (GLP, Zürich) vom 26. März 2018

KR-Nr. 90/2018

Ratspräsident Dieter Kläy: Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Erika Zahler, Boppelsen, hat an der Sitzung vom 27. August auf Nicht-Überweisung des Postulats gestellt. Der Rat hat heute über die Überweisung zu entscheiden.

Christa Stünzi (GLP, Horgen): Mit dem vorliegenden Postulat, das Judith Bellai-
che (*Altkantonsrätin*) im März 2018 eingereicht hat, geht es nun um die Digital-
strategie.

Weshalb braucht es eine Digitalstrategie? Die Digitalisierung oder die digitale Transformation ist ein Fakt; er kommt auf uns zu und überrollt uns, wenn wir nicht aufpassen. Der Kanton Zürich soll sich angemessen auf diese Herausforderung einstellen. Entsprechend braucht es Veränderungen, wir brauchen eine aktive Mitgestaltung. Um aktiv mitgestalten zu können, muss man aber wissen, wohin man will. Es braucht entsprechend eine Strategie. Aus diesen Gründen braucht es eine einheitliche und übergeordnete Digitalstrategie, die alle Verantwortungsbereiche des Regierungsrates umfasst. Wir begrüßen, dass es bereits heute diverse Projekte im Rahmen der Digitalisierung gibt, jedoch sind es oft isolierte Massnahmen, oder sie konzentrieren sich vor allem auf die Verwaltung, beziehungsweise E-Governance-Massnahmen.

Uns geht es aber um eine umfassendere Strategie. Gerade auch bei der vor Kurzem verabschiedeten Digitalisierungsinitiativen der Fachhochschulen haben in diesem Rat fast alle Votanten gefordert, dass die Fachhochschulen übergreifend miteinander zusammenarbeiten sollen, dass man disziplinenübergreifend miteinander zusammenarbeiten soll – und das unter dem Deckmantel einer einheitlichen Strategie. Der Kanton sollte von sich selbst das einfordern, was er auch von andern fordert.

Leider fehlt im Kanton Zürich bis heute eine entsprechende Digitalstrategie. Es braucht eine Strategie für den ganzen Kanton, der sämtliche Ämter und Tätigkeiten der Exekutive umfasst und koordinierte Massnahmen vorsehen wird. Es ist also höchste Zeit, dass der Regierungsrat – leider ohne Hilfe des Beirates – sich dieser Herausforderung stellt und sich mit der digitalen Zukunft auseinandersetzt, eine koordinierte Vision der verschiedenen Direktionen entwickelt und systematische Massnahmen ergreift. Diese Massnahmen können aus Themen wie der intelligenten Mobilität oder der Überprüfung des Steuersystems unter Berücksichtigung künftiger Wertschöpfungen oder aber der Erkennung neuer Berufsbilder und damit den Herausforderungen für das Bildungssystem bestehen. Es braucht eine Strategie, die eben die Chancen betrachtet und entsprechend Massnahmen

frühzeitig einleitet. Aber es braucht auch eine Strategie, um Risiken zu identifizieren, möglichst früh, möglichst klar, möglichst gut fundiert. Risiken sollen identifiziert werden, denn nur, wenn wir sie identifizieren, können wir sie auch abfedern und entsprechende Massnahmen treffen.

Wir wollen im Kanton Zürich die Zukunft aktiv mitgestalten, und das mit einer Digitalstrategie. Wir wollen uns nicht von der unaufhaltbaren Entwicklung überrollen lassen. Ich hoffe, Sie sind dabei.

Erika Zahler (SVP, Boppelsen): Auch in diesem Postulat geht es um die Digitalisierung, diesmal um eine einheitliche und übergeordnete Digitalisierungs-Strategie im Kanton Zürich. Damit verbunden ist, Klarheit zu schaffen, wo die Chancen, aber auch die Risiken sind. Mit einer Strategie werden eine Gesamtschau sowie eine Auslegeordnung betreffend Digitalisierung angestrebt. Die Initianten fordern im Postulat, dass der Regierungsrat überall dort, wo er Verantwortung trägt, aktiv werden muss. Eine solche Formulierung ist gefährlich und kann zu einem Fass ohne Boden werden.

Eine gesamtheitliche Strategie macht Sinn und wurde von der SVP bereits im Postulat KR-Nr. 15/2017 gefordert. Inzwischen ist einiges gegangen, und man ist diesbezüglich bereits am Umsetzen, doch den Initianten scheint dies entgangen zu sein. Am 25. April 2018 hat der Regierungsrat die Strategie «Digitale Verwaltung» beschlossen. In dieser Strategie wird aufgezeigt, wie die Verwaltung die digitale Entwicklung mitgestalten und die Chancen nutzen will. Es werden verschiedene Teile angegangen, welche zum Beispiel im Impulsprogramm festgehalten werden. Mit den Digitalisierungsvorhaben wird eine Priorisierung und enge Koordination angepackt. Wie bereits im Postulat KR-Nr. 89/2018 gefordert, werden hier wichtige Anspruchsgruppen miteinbezogen. Es sind dies die Gemeinden, die Bevölkerung und die Wirtschaft, die diese Herausforderung mittragen.

Wir sind mitten in der Umsetzung der Digitalstrategie. So können zum Beispiel auf dem Steueramt Steuererklärungen oder Auskünfte elektronisch behandelt werden, Umzüge, An- und Abmeldungen sind elektronisch möglich oder bei Strassenverkehrsämtern können die Fahrzeugprüfung, das An- und Abmelden elektronisch ausgeführt werden. Damit sind bereits viele elektronische Kanäle nutzbar, und es werden weitere folgen. Auch in anderen Bereichen wie der Bildung und im Gesundheitswesen läuft das digitale Rad. Profiteur ist nicht nur die Verwaltung, die die effizienteren Abläufe nutzen kann, sondern auch die Gemeinden, unsere Bürger und die Unternehmen im täglichen Geschäftsverkehr.

Der Regierungsrat outet sich heute schon mit folgenden Aussagen gegenüber der Bevölkerung: Mit der bestehenden Strategie «Digitale Verwaltung 2018 bis 2023» treibt der Regierungsrat die Weiterentwicklung voran und setzt Impulse für das Heute und Morgen. Mit der Digitalisierung verfolgt der Regierungsrat einen Nutzen für die Öffentlichkeit, er will den Standort unseres Kantons mit der Attraktivität als Wirtschaftsstandort stärken und die organisatorische Beweglichkeit und Effizienz der Verwaltung steigern.

Fazit: Ziel in der «Digitale Verwaltung 2018 bis 2023» ist es, das digitale Leistungsangebot zu optimieren, die digitale Information und Kommunikation voranzutreiben und die Chancen sowie Nutzen auf allen Seiten zu erkennen und umzusetzen. Das Rad muss also nicht ein zweites Mal neu erfunden werden. Deshalb lehnt die SVP das Postulat ab

Rafael Steiner (SP, Winterthur): Viele Verwaltungsdienstleistungen können bereits heute digital erledigt werden, sowohl auf Bundes-, Kantons- wie auch auf Gemeindeebene. Aber gerade bei den Gemeinden gibt es beispielsweise im Kanton Zürich sehr grosse Unterschiede. Oftmals muss bei verschiedenen Verwaltungsprozessen immer noch der Telefonhörer in die Hand genommen werden oder ein Brief muss geschrieben werden. Oder dann sind es teilweise Prozesse mit Medienbruch. Ein Dokument wird elektronisch generiert und muss dann mit der Post verschickt werden. Kurz: In der Verwaltung besteht hier noch viel Handlungs- und Verbesserungspotenzial im Bereich der Digitalisierung.

Dieses Postulat geht aber weiter: Es wird einen Bericht über alle Bereiche der Digitalisierung und über alle Auswirkungen im Handlungsfeld der Digitalisierung geben. Dies ist ein ehernes Ziel, vielleicht auch ein bisschen ein unrealistisches Ziel, denn in vielen Bereichen ist es schwierig zu sagen, welche Auswirkungen die Digitalisierung hat, und in welche Richtung sie geht. Dies kann auch wohl nur zum Teil durch den Regierungsrat des Kantons Zürich gesteuert werden. Dennoch ist es sinnvoll, dass sich die Regierung diese Fragen stellt, sowohl für die Verwaltung wie auch in anderen Bereichen des Lebens, denn die Politik ist hier in der Pflicht. Es ist schön, dass die GLP offenbar nun auch der Ansicht ist, dass der Markt nicht alles regelt.

Nur wer sich vorbereitet, kann negative Effekte auf die Bevölkerung vermeiden und die neuen Möglichkeiten der Digitalisierung optimal nutzen. Wir unterstützen das Postulat.

Beat Habegger (FDP, Zürich): Dieses Postulat verlangt erneut eine Digitalstrategie für den Kanton Zürich. Wir haben ja im Jahr 2017 ein entsprechendes Postulat bereits überwiesen, letztes Jahr haben wir auf Antrag des Regierungsrats die Frist zu seiner Beantwortung noch einmal erstreckt.

Verlangt wird hier nun noch einmal, dass die Möglichkeiten und Konsequenzen der digitalen Transformation für alle möglichen politischen Themen überprüft und entsprechend die notwendigen Massnahmen abgeleitet werden. Es geht um die Mobilität, das Steuersystem, den Bildungsbereich oder das Gesundheitswesen.

Damit wird dem Regierungsrat tatsächlich einiges abverlangt, wie wir von Kantonsrat Rafael Steiner vorhin gehört haben. Es zeigt sich aber auch, dass die Regierung in die geforderte Richtung arbeitet, wie wir den Legislaturzielen 2019 bis 2023 entnehmen können. Deshalb war der Regierungsrat wohl auch bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Es gibt für uns deshalb keinen zwingenden Grund, das Postulat abzulehnen, auch wenn wir uns keine Wunder davon versprechen. Für uns ist wichtig zu betonen, dass es wirklich nur um die Bereiche gehen soll,

für die der Regierungsrat Verantwortung trägt, so wie es im Postulatstext auch steht. Die Verfassung gibt dem Regierungsrat den Auftrag, die Gesetze, Verordnungen und Beschlüsse des Kantonsrats umzusetzen. Und das Gesetz über die Organisation des Regierungsrats bestimmt, dass diesem die politische Planung und Führung auf Ebene des Kantons obliegt. Diesen Auftrag soll auch die digitale Transformation nicht verändern. Wir wollen, dass der Regierungsrat für die politischen Aspekte, insbesondere die rechtlichen Rahmenbedingungen, Verantwortung übernimmt. Aber die eigentlichen Träger des digitalen Wandels sind die Menschen, die Unternehmen, soziale Organisationen, kulturelle Einrichtungen, also alle, die wirtschaftlich und gesellschaftlich den Kanton und unser ganzes Land voranbringen. Der Regierungsrat ist für uns nicht ein Obergremium über allem, was im Kanton Zürich so passiert. Das würde unserem Staatsverständnis widersprechen, und wir würden ein entsprechendes Vorgehen auch nicht unterstützen. Wir gehen aber davon aus, dass die Postulanten und die Regierung dies ebenso sehen, und sind deshalb bereit, der Überweisung zuzustimmen.

Daniel Heierli (Grüne, Zürich): Ich glaube auch hier sind wir inhaltlich gar nicht so weit auseinander. Alle sind sich einig, dass man sich den Herausforderungen der Digitalisierung stellen muss. Alle sind sich einig, dass da tatsächlich Herausforderungen auf uns zukommen. Dafür spricht auch, dass der Regierungsrat das Postulat entgegennehmen will. Ich bin auch überzeugt, dass der Regierungsrat dieses Thema im Auge hat, egal ob wir das Postulat überweisen oder nicht. Für mich stellt sich eher die Frage, ob es sinnvoll ist, alten Wein in einen zusätzlichen neuen Schlauch abzufüllen. Wie schon einmal gesagt, die Digitalisierung ist ja nicht ein isolierter Bereich, sie ist etwas, das einen grossen Teil unseres heutigen Lebens durchdringt. Die Digitalisierung ist auch schon in bestehenden Legislaturzielen des Regierungsrates durchaus nicht ausgeklammert.

Ich persönlich bin eigentlich glücklich, wenn der Regierungsrat die Digitalisierung in der Verwaltung gut im Griff hat. Dazu hat er ja die Strategie «Digitale Verwaltung» veröffentlicht. Wobei, die Lektüre dieses Papiers hat mich auch darin bestätigt, dass es relativ leicht ist, aus stratosphärischer Flughöhe visionäre Ziele zu formulieren, der Teufel steckt dann im Detail der Umsetzung. Darauf muss sich der Regierungsrat vor allem konzentrieren. Die Digitalisierung zunächst einmal im eigenen Laden sorgfältig und mit Vernunft und auch mit einer guten Portion Vorsicht zu realisieren.

Von einem zusätzlichen Strategiepapier versprechen wir uns keinen sehr grossen Nutzen, würde aber auch sicher keinen Schaden anrichten. Danke.

Jean-Philippe Pinto (CVP, Volketswil): Wenn man den Text des Postulates durchliest, könnte man meinen, dass der Kanton Zürich im Mittelalter stehengeblieben ist, die digitale Zukunft total verschlafen hat und die Verwaltung immer noch auf Papyrus oder Steintafeln schreibt. In der Praxis ist das Gegenteil der Fall. Am 25. April 2018, also kurz nach Einreichung des Postulats, hat der Regierungsrat die Strategie «Digitale Verwaltung 2018 bis 2023» verabschiedet. Darin wird festge-

halten, dass der Kanton, aber auch die Gemeinden, vor grossen Herausforderungen in den nächsten Jahren bezüglich der Digitalisierung der eigenen Aufgabenerfüllung, des Geschäftsverkehrs mit der Bevölkerung und der Wirtschaft und bezüglich neuer Arbeitsformen stehen. Die Verwaltung muss daher mit höherer Dynamik innovative digitale Geschäftsmodelle unter Nutzung neuester Technologien entwickeln.

Weiter hält der Regierungsrat fest, dass er bereit ist, seinen Anteil an den digitalen Kanton Zürich zu leisten. Mit der Strategie «Digitale Verwaltung des Kantons Zürich 2018 bis 2023» schafft er eine Grundlage für die zielgerichtete digitale Transformation der kantonalen Verwaltung. Dabei fördert er den dazu notwendigen kulturellen Wandel innerhalb der Verwaltung und setzt sich für eine verantwortungsvolle Umsetzung zum Nutzen aller ein.

Der Kanton Zürich hat also bereits eine Digitalstrategie. Mehr braucht es zum jetzigen Zeitpunkt nicht. Die Postulanten haben beim Kanton bereits sehr viel erreicht. Die CVP lehnt daher die Überweisung des Postulats ab.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Wie vorhin schon angedeutet, werden wir dieses Postulat unterstützen. Grundsätzlich muss ich vorwegnehmen, dass meine Erwägungen von vorhin auch hier zutreffen, dass die Digitalisierung nämlich ein «wolkiger» Begriff ist und eine ähnliche Abgrenzungsproblematik hat wie ein Digitalisierungsbeirat, mit dem Unterschied, dass für die Erarbeitung einer Digitalisierungsstrategie mehr Player herangezogen werden können, als wenn man einen ständigen Digitalbeirat hätte. Trotzdem muss ich kurz spezifizieren, was ich hiermit genau meine:

Zurzeit haben wir an Digitalstrategien hier im Kanton einerseits die Strategie der kantonalen Verwaltung und andererseits ein sogenanntes Impulsprogramm. Unter diesem Begriff werden verschiedene Projekte und Massnahmen zusammengefasst. Das hört sich grundsätzlich mal gut an, leider fehlt es unseres Erachtens hier ein bisschen an einer klaren Vorgehensweise. Ein Teil der Massnahmen wird bottom-up, ein anderer Teil wird top-down gemanagt, und nicht zuletzt hat wohl auch die Verwaltung nicht wirklich eine Übersicht über alle laufenden Digitalisierungsprojekte, die in den verschiedenen Departementen laufen. Dies hat natürlich verschiedene Gründe:

Da eben die Digitalisierung ein breiter Begriff ist, ergeben sich einerseits gewisse Abgrenzungsprobleme. So fallen unter diesen Begriff einerseits organisatorische Projekte, bei denen die richtigen Player an einen Tisch kommen müssen und andererseits technische Herausforderungen, die andere Leute benötigen, auch die Finanzierung ist nicht immer gleich geregelt. So gibt es einerseits das Impulsprogramm, das Projekte finanzieren kann sowie auch anderweitig finanzierte Massnahmen und Projekte. Auch bin ich der Meinung, dass die kantonale IT- und die Digitalstrategie beziehungsweise das Impulsprogramm organisationsmässig in einem Silo geführt werden sollten. Hier könnten Synergien genutzt werden, und damit wäre eine bessere Gesamtsicht über alle Thematiken möglich. Dies habe ich übrigens auch bereits während der Budgetdebatte erwähnt, dass wir hier zwei

thematisch ähnliche Abteilungen haben. Mir ist klar, dass diese nicht deckungsgleich sind, und manche Themen hier nicht vereinbar sind, aber ich sehe hier Synergiepotenzial.

Da wir zu all diesen Themen von der Regierung eine klare Strategie wünschen und explizit in Sachen strategischer Organisation vielleicht weniger mit noch mehr Prosa, wie jetzt die Digitalisierung vollzogen werden soll, einen Bericht wünschen, werden wir in diesem Sinne das Postulat überweisen.

Christa Stünzi (GLP, Horgen) spricht zum zweiten Mal: Ja, wir fordern vom Regierungsrat viel: Eine umfassende Strategie, die tatsächlich über eine reine Digitalisierung der Verwaltung hinausgeht, ist relativ hochgesteckt, dennoch notwendig.

Es geht also nicht nur um die Digitalisierung der Verwaltung; es geht schon lange nicht mehr darum, ob wir uns online bei einer Gemeinde registrieren können oder ob wir eine Steuererklärung am Computer ausfüllen können. Die digitale Transformation geht weit über das hinaus und betrifft uns in unserem täglichen Leben. So betrifft es eben auch den Kanton in all seinen Funktionen. Dafür braucht es eine gut koordinierte Strategie über sämtliche Ämter, über sämtliche politischen Funktionen, Aufgaben und Verantwortungen hinweg.

Die GLP ist der Ansicht, dass es eine Strategie für den ganzen Kanton braucht. In diesem Rahmen können eben auch gesellschaftliche und ethische Folgen geklärt werden. Es können Folgen von Digitalisierungen aufgezeigt werden und Massnahmen ergriffen werden, um auch allfälligen Risiken zu begegnen. Denn wir wollen, dass die Digitalisierung der Gesamtheit der Bevölkerung zugutekommt, und alle davon profitieren können. Entsprechend hoffen wir, dass Sie dieser Strategie zustimmen, und der Regierungsrat diese hohe Anforderung annimmt.

Regierungspräsidentin Carmen Walker Späh: Es ist tatsächlich so: Es läuft viel in diesem Kanton, einerseits im Staat, wo wir natürlich diese Herausforderungen anpacken, andererseits aber auch in unserer Volkswirtschaft. Aber ich muss Ihnen sagen, diese Entwicklung, die ist äusserst dynamisch, man kann auch sagen, es ist eine rasante Entwicklung. Da können Sie bei einer Strategie, die sie haben, nicht einfach sagen, die führen wir jetzt so weiter, sondern Sie müssen bereit sein, sie auch permanent zu hinterfragen. Das war auch der Grund, warum der Regierungsrat gesagt hat, ja, an dieser Strategie müssen wir arbeiten, hier wollen wir noch besser werden, und wenn es noch etwas Übergeordnetes braucht, dann wollen wir uns auch dem stellen. Ob es eine sogenannte Dachstrategie sein wird, wie es der Bund vorgemacht hat, das kann an dieser Stelle offenbleiben. Es kann auch offenbleiben, wie viel Teilstrategien es braucht, zum Beispiel ob es eine eigene zur Mobilität braucht, ja oder nein. Persönlich denke ich, wir werden uns dieser Herausforderungen stellen müssen oder wir dürfen uns dieser Herausforderungen stellen. Tatsache ist: Wir werden nicht darum herumkommen, diese Aufgabe anzupacken und da den Fächer breit zu stellen, auch Expertenwissen heranzuziehen

ohne exemplarisches Beispiel eines Beirates aus Wirtschaft, aus Politik, aus Gesellschaft, aus der Ethik, aus dem Datenschutz, aus der Forschung et cetera. Wir haben das in der Postulatsantwort 98/2018 so formuliert.

Nun fordern Sie von der Regierung eine digitale Strategie, noch eine digitale Strategie, eine bessere Strategie. Dieser Herausforderung wollen wir uns selbstverständlich stellen. Aber, das muss ich hier auch sagen, die Digitalisierung betrifft uns alle, jeder, der hier sitzt, und jeder, der hier ist, wird von dieser Digitalisierung betroffen sein. Sie wird alle unsere Lebensbereiche betreffen, im Privaten, als Berufsperson, in der Politik, in welcher Verantwortung Sie auch immer sind. Es wird Sie erreichen. Steve Jobs (*US-amerikanischer Unternehmer*) hat bei der Einführung des Internets einmal gesagt, entweder man lernt auf der Welle zu surfen oder man geht in dieser Welle unter. Ich denke, dass das eine grosse Herausforderung ist, die durchaus existentielle Aspekte haben kann, das ist uns, der Regierung, sehr wohl bewusst. Es ist uns auch bewusst, dass die Digitalisierung eine riesige Chance ist auch für unsere hervorragend aufgestellte Volkswirtschaft, aber dass sie auch Risiken birgt. Dass es Leute und Menschen gibt, die damit nicht klar kommen. Auch darüber müssen wir uns Gedanken machen. Da möchte ich Kantonsrat Beat Habegger unterstützen, der gesagt hat, er erwarte nicht, dass die Regierung hier ein Obergremium darstelle, nein, das werden wir auch nicht sein können, sondern wir werden diese Herausforderungen nur gemeinsam mit dem Parlament, mit unseren demokratischen Möglichkeiten auch auf Gemeindeebene, auch auf Bundesebene, zusammen mit der Wirtschaft, zusammen mit der Wissenschaft werden wir das schaffen. Und wir müssen auch Antworten bereithalten für diejenigen, die eben nicht profitieren können von dieser Digitalisierung. Also wir müssen hier gemeinsam unterwegs sein. Und schauen Sie – das sage ich als Volkswirtschaftsdirektorin –, wir sind hier gut unterwegs. Wir gehören zu den innovativsten Standorten weltweit. Aber ich möchte Ihnen hier auch sagen, glauben Sie nicht, dass das automatisch so bleibt. Die Konkurrenz in anderen Ländern, die schläft nicht. In der NZZ habe ich gestern gelesen, dass die USA ihre Forschungsbeiträge im Bereich der künstlichen Intelligenz verdoppeln. Da geht es um ziemlich viel Geld. Ich denke, wir müssen uns auch als Standort Schweiz, aber auch als Standort Zürich, als Innovationsstandort, alle zusammen, wir alle zusammen müssen schauen, dass wir zu den Profitteuren dieser Digitalisierung gehören, und nicht zu den Verlierern.

Und hier noch einen letzten Aspekt: die Zeit. Die Zeit geht sehr schnell bei diesem Thema, die Welt bewegt sich sehr schnell. Auch wir müssen schauen im politischen Bereich, wie wir hier adäquate Antworten haben, um rechtzeitig bereit zu sein, und nicht dann, wenn die Sache schon gelaufen ist. In diesem Sinne bin ich bereit im Namen der Regierung, das Postulat entgegenzunehmen und danke Ihnen für ihre Unterstützung.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 93 : 73 Stimmen (bei 1 Enthaltung), das Postulat KR-Nr. 90/2018 zu überweisen.

Ratspräsident Dieter Kläy: Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert zweier Jahre.

Das Geschäft ist erledigt.